

Freiwilliges Engagement sichern und weiterentwickeln – jetzt!

Empfehlungen an Politik und Verwaltung

Freiwilliges Engagement ist eine tragende Säule des gesellschaftlichen Lebens in Berlin. Es ermöglicht Teilhabe, trägt zur Lebensqualität in den Kiezen bei, stiftet Zusammenhalt, kann in Notlagen konkrete Hilfe für Menschen sichern und stärkt unsere Demokratie im Alltag. Freiwilliges Engagement zeigt Wirkung in vielen Bereichen des Lebens. Es geht dabei Hand in Hand mit fachlichen Angeboten in der sozialen Arbeit, in der Stadtteilarbeit, in der Selbsthilfe, in der Bildungsarbeit, in der Kultur, im Sport oder im Umwelt-, Klima- und Naturschutz. Die Wirkungen des Engagements von Ehrenamtlichen sind eng verwoben mit der Arbeit von Fachkräften und den Rahmenbedingungen der sozialen Arbeit. Freiwilliges Engagement und soziale Arbeit ergänzen, inspirieren und stabilisieren einander. In Zeiten wachsender sozialer Verunsicherung, zunehmender Polarisierung und drohender Kürzungen braucht es klare politische Bekenntnisse, die die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement sichern und weiterentwickeln.

Diese Empfehlungen werden herausgegeben von: Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V. in Zusammenarbeit mit LAGFA Berlin e.V. – Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V., SELKO – Verein zur Förderung von Selbsthilfe-Kontaktstellen e.V. und VskA // Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. – Landesverband Berlin.



A. Freiwilliges Engagement ist gelebte Demokratie

Freiwilliges Engagement ist ein zentraler Bestandteil demokratischer Kultur. In Berlin setzen sich Menschen ehrenamtlich gegen Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit und soziale Ausgrenzung ein – oft unter schwierigen Bedingungen. Sie schaffen Räume für Beteiligung, insbesondere für jene, die von Diskriminierung betroffen sind, und stärken damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Kiezen. Diese gelebte Demokratie braucht Rückhalt: rechtlich, finanziell und strukturell. Das geplante Landesdemokratiefördergesetz bietet die Chance, Strukturen für freiwilliges Engagement langfristig abzusichern. Dafür braucht es nicht nur die Verabschiedung des Gesetzes, sondern auch einen gut ausgestatteten Demokratiefonds sowie Schutzmechanismen gegen extremistische Anfeindungen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Umsetzung muss dabei selbstverständlich sein.

Empfehlungen:

- Landesdemokratiefördergesetz noch vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2026 verabschieden und darin Förderstrukturen rechtlich verankern, um demokratisches Engagement zu sichern
- Einen Demokratiefonds einrichten und dauerhaft und auskömmlich ausstatten
- Die Expertise zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen systematisch in die Weiterentwicklung der Demokratieförderung einbeziehen und Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten verbindlich ausbauen
- Die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlichen Engagements erhöhen – u. a. durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Kooperationen und eine übersichtliche, die Vielfalt des Ehrenamts abbildende Online-Engagementplattform
- Ein umfassendes Schutzkonzept mit Leitlinien, Qualifizierungen und Beratung gegen rechtsextreme und demokratiefeindliche Angriffe und Anfeindungen entwickeln
- Beratungs-, Vernetzungs- und Empowerment-Strukturen auf- und ausbauen, Schulungsangebote zur Prävention und Begegnung von Demokratiefeindlichkeit unter aktiver Einbindung migrantischer Organisationen stärken
- Teilhabe stärken: Barrierefreien Zugang schaffen durch bauliche Maßnahmen in Freiwilligenagenturen, Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen

B. Freiwilligenkoordination für ein starkes Zusammenwirken von Ehrenamtlichen und Fachkräften

Freiwilliges Engagement und soziale Arbeit bedingen einander. In der sozialen Arbeit, z.B. in der Wohnungsnotfallhilfe, der psychosozialen Beratung oder der Nachbarschaftsarbeit ermöglichen erst stabile Fachstrukturen den Einsatz freiwillig Engagierter. Auch das freiwillige Engagement in Bereichen wie Bildung, Umwelt, Kultur und Sport ist auf professionelle und verlässliche hauptamtliche Strukturen angewiesen. Zugleich stärkt und erweitert freiwilliges Engagement die Umsetzung, die Reichweite und Wirksamkeit von fachlichen Angeboten. Wird bei Fachpersonal gespart, verschwinden nicht nur konkrete Hilfen, sondern auch Räume für Teilhabe und zivilgesellschaftliche Mitgestaltung. Die professionelle Koordination von Freiwilligen ist dabei ein zentraler Schlüssel. Sie sorgt für Qualität, Sicherheit und Kontinuität – für Engagierte ebenso wie für Betroffene und Nutzende von Angeboten. Das Berliner Modellprojekt zur Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe zeigt, wie wirksam diese Funktion ist. Die seit 2016 bestehende Landesförderung von Ehrenamtskoordinationen in Unterkünften für Geflüchtete ist ein wichtiger Baustein zur Förderung von Engagement und Teilhabe. Sie machen deutlich: Berlin braucht langfristige Strategien, um diese Strukturen dauerhaft abzusichern und auszuweiten.

Empfehlungen:

- Kürzungen bei Fachpersonal und fachlichen Angeboten verhindern, um das Zusammenwirken von Fachpersonal und freiwillig Engagierten zu sichern
- Modellprojekt „Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe“ in 2026/2027 fortführen¹
- Freiwilligenkoordination in der Gesamtstädtischen Unterbringung (GStU) verankern und dafür personelle und finanzielle Voraussetzungen in den Bezirken schaffen. Ehrenamtskoordination in Unterkünften für Geflüchtete und das Beratungsforum Engagement fortführen und weiter stärken.
- Strategie zur flächendeckenden Einführung von Freiwilligenkoordination ab 2028 erstellen, basierend auf den bisherigen Evaluationen

¹ LIGA der freien Wohlfahrtspflege in Berlin (2025): „Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe sichern und stärken“, Download: <https://www.ligaberlin.de/Empfehlungspapier-zur-Freiwilligenkoordination-in-der-Wohnungsnotfallhilfe-1053567.pdf>

- Organisationen aktiv bei Qualifizierungen ihres Personals zu Diversität sowie Teilhabe- und Inklusionsstrategien unterstützen, um Teilhabe chancengerecht zu ermöglichen. Dabei sollte gewachsene Expertise in der diversitätsorientierten Qualifizierung von Freiwilligenkoordination genutzt werden.

C. Engagement fördern, Demokratie stärken: Die Rolle der Freiwilligenagenturen

Freiwilligenagenturen sind die zentralen Schnittstellen der Engagementförderung in den Berliner Bezirken. Sie beraten Interessierte, begleiten Engagierte, unterstützen und vernetzen Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wirtschaft. Gerade in Krisenzeiten haben sie bewiesen, wie schnell, flexibel und wirkungsvoll sie freiwillige Hilfe aktivieren und koordinieren können – wohnortnah und bedarfsorientiert. Diese Flexibilität ist ein wesentlicher Faktor für gesellschaftliche Resilienz. Freiwilligenagenturen sind damit nicht nur Vermittlerinnen von Engagement, sondern auch Stabilisatorinnen demokratischer Kultur, weil sie Partizipation im Alltag ermöglichen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Doch ihre Wirkung ist kein Selbstläufer. Damit Freiwilligenagenturen ihr Potenzial als Kompetenzzentren des Engagements entfalten können, braucht es eine solide, verlässliche und dauerhafte Finanzierung, moderne Infrastruktur sowie genügend Personal. Nur so können sie neue Zielgruppen erreichen, Engagementfelder erschließen und als demokratische Schnittstellen weiterwirken. Ihre Rolle als Sprachrohr und Gestalterinnen einer vielfältigen Engagementlandschaft muss politisch anerkannt und strukturell abgesichert werden.

Empfehlungen:

- Finanzielle Ausstattung pro bezirklicher Freiwilligenagentur in Höhe von zuletzt mindestens 173.500 € pro Jahr sichern. Strukturelle Unterschiede in der Finanzierung zwischen den Bezirken ausgleichen, um faire Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Förderung regelmäßig an steigende Personal- und Sachkosten anpassen, insbesondere analog zur Tarifentwicklungen im öffentlichen Dienst.
- Die Arbeit der LAGFA - Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Berlin durch eine Regelfinanzierung u.a. zur Umsetzung des Vernetzungs- und Begleitprojekts für Freiwilligenagenturen verstetigen
- Förderungslogik anpassen und Zielvereinbarungen dementsprechend weiterentwickeln. Das Kosten-Leistungsprinzip schränkt Handlungsspielräume

für Freiwilligenagenturen ein, die sie brauchen, um flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Zielvereinbarungen und Zielwerte sollten stärker an der Handlungslogik von Freiwilligenagenturen ausgerichtet werden. Das in den Zielvereinbarungen bereits vorgeschriebene Qualitätsmanagementsystem sollte dabei zur Orientierung dienen.

- Die Ergebnisoffenheit von Beratung erhalten. Die Beratung durch Freiwilligenagenturen schafft individuelle Zugänge zum Engagement und fördert Teilhabe. Allerdings greift es zu kurz, „Beraterfolge“ von Freiwilligenagenturen vor allem an der Engagement-Aufnahme von Interessierten zu messen. Besser sollten Beratungen quantitativ erfasst und mit qualitativen Beratungskriterien kombiniert werden.
- Freiwilligkeit vor Vereinnahmung schützen. Zuwendungen an Organisationen dürfen nicht davon abhängig sein, wie viele Stunden Freiwilligentätigkeit in deren Einsatzfeldern dokumentiert wird. Es gilt, die Eigenlogik von Engagement zu berücksichtigen, Freiwilligkeit und Eigeninitiative zu fördern, statt sie mit Forderungen zu reglementieren.

D. Stadtteilarbeit und Selbsthilfe als Motoren für Engagement und Demokratie vor Ort

Freiwilliges Engagement in der Nachbarschaft ist oft das erste sichtbare Zeichen gelebter Solidarität: Menschen in den Kiezen helfen einander, organisieren Feste, bauen Gemeinschaftsgärten, unterstützen ältere Menschen oder begleiten Kinder. Solche alltäglichen Begegnungen stiften Vertrauen, mindern soziale Isolation und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt direkt vor der eigenen Haustür. Stadtteilzentren, die mobile Stadtteilarbeit und die bezirklichen Selbsthilfe-Kontaktstellen sowie Kontaktstellen PflegeEngagement spielen dabei eine zentrale Rolle. Sie sind die Infrastruktur, die dieses Engagement ermöglicht, begleitet und trägt. Sie bieten niedrigschwellige Räume, in denen Menschen Verantwortung übernehmen, Ideen einbringen und Teil einer aktiven Nachbarschaft werden können. Die Selbsthilfe-Kontaktstellen sowie die speziell für die Pflege-Selbsthilfe zuständigen Kontaktstellen bieten insbesondere Menschen mit Einschränkungen wie chronischen Erkrankungen, körperlichen und kognitiven Beeinträchtigungen oder geringeren Zugangsmöglichkeiten – etwa Alleinerziehende, Ältere oder Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung – erstmals Wege zur Beteiligung. Umso wichtiger ist es, dass diese Strukturen nicht gekürzt, sondern gemeinsam gestärkt und weiterentwickelt werden.

Empfehlungen:

- Kürzungen in der Stadtteilarbeit verhindern: Die Mobile Stadtteilarbeit ist ein unverzichtbarer Türöffner zu Engagement in benachteiligten Nachbarschaften. Ihre Finanzierung muss über Projektlaufzeiten hinaus gesichert und verstetigt werden.²
- Personelle Ausstattung in Selbsthilfe-Kontaktstellen in definierten Einzugsbereichen sichern, orientiert an den „Rahmenbedingungen für die Gestaltung und Ausrichtung gesamtstädtischer geförderten Selbsthilfekontaktstellen“³.
- Ressourcen und Räume für freiwillig Engagierte, Initiativen und Selbsthilfegruppen schaffen und erschließen, unbürokratisch zur Verfügung stellen und die Nutzung nach den Bedarfen der Engagierten und Gruppen ermöglichen.

Kontakt:

Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V. – Geschäftsstelle Bezirke

Niklas Alt, Freiwilliges Engagement

Tel.: 030 / 86 001 – 612

E-Mail: alt@paritaet-berlin.de

² Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V., Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. et. al. (2025): „Mobile Stadtteilarbeit: Eine bewährte Säule sozialer Infrastruktur in Berlin“, Download: https://www.paritaet-berlin.de/fileadmin/user_upload/redaktion/pdf/2025/08_25/2025-08_Positionspapier_Mobile_Stadteilarbeit_mit_LIGA_und_VskA.pdf

³ Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V., SELKO – Verein zur Förderung von Selbsthilfe-Kontaktstellen e.V., Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (2022): Rahmenbedingungen für die Gestaltung und Ausrichtung gesamtstädtischer geförderten Selbsthilfekontaktstellen, Download: https://www.berlin.de/sen/soziales/buergerschaftliches-engagement/stadtteilzentren/nachbarschaftshaeuser-und-selbsthilfekontaktstellen/rahmenbedingungen_shk_endfassung.pdf?ts=1752674583